

NRW: Bewilligungsstopp für Krankenhausinvestitionen?

Krankenhausgesellschaft warnt vor unkalkulierbaren Risiken und weiß von Klageabsichten – Laumann macht „Altlasten“ der Vorgängerregierung verantwortlich

Eine Kontroverse um die Krankenhausinvestitionen in Nordrhein-Westfalen hat der neue Arbeits-, Gesundheits- und Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) mit seiner Ankündigung ausgelöst, in den beiden kommenden Jahren keine neuen Vorhaben außer Notmaßnahmen zu bewilligen. Die Regierung ziehe sich aus der Verantwortung des Landes für die Krankenhäuser zurück, kritisierte Laumanns Amtsvorgängerin, die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Birgit Fischer. Die Ankündigung des Ministers sei unter betriebswirtschaftlichen und rechtlichen Gesichtspunkten für die Krankenhäuser unannehmbar, erklärte der Präsident der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW), Dr. Johannes Kramer.

Laumann verweist auf „Altlasten“

Laumann begründete die Pläne für einen Bewilligungsstopp mit „Altlasten“. Die Bewilligungspraxis der alten Landesregierung sei „weder gesundheitspolitisch noch kaufmännisch zu vertreten“ gewesen. Allein bis zum Jahr 2004 liegen nach einer Mitteilung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) rechtskräftige Bewilligungsbescheide über mehr als 600 Millionen Euro vor, die noch bis 2010 „ausfinanziert“ werden müssten:

„Wenn man bedenkt, dass bislang im Landeshaushalt jährlich rund 170 Millionen Euro bar für Krankenhausinvestitionen zur Verfügung standen, benötigt man rein rechnerisch rund dreieinhalb Jahre, um diese bestehenden Verpflichtungen erfüllen zu können, ohne eine neue Maßnahme zu bewilligen“, so das MAGS. Dieser „Stau“ an Bewilligun-

gen sei dadurch verursacht worden, „dass in der Vergangenheit – politisch gewollt – jährlich rund 250 Millionen Euro bewilligt wurden, obwohl regelmäßig nur 170 Millionen Euro bar zur Verfügung standen“.

Diese Praxis führt laut MAGS dazu, dass zwischen Bewilligungszeitpunkt und Beginn der Investition teilweise über drei Jahre liegen, weil das benötigte Geld zunächst für andere Vorhaben gebunden ist. Die neue Landesregierung wolle kurzfristiger handeln können und ihre Verpflichtungen zeitnäher erfüllen.

Fischer: Absurd und blamabel

Ex-Ministerin Fischer erklärte, es sei „absurd und für einen Minister blamabel“, den möglichen Bewilligungsstopp mit „Altlasten“ zu rechtfertigen, weil es sich um langfristig bewilligte Baumaßnahmen handele. In den Haushalten 2004 und 2005 seien jährlich 486 Millionen Euro zur Verfügung gestellt und 255 Millionen Euro jeweils als Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt worden. Trotz schwieriger Haushaltssituation sei den Investitionen für Krankenhäuser immer eine hohe Priorität eingeräumt worden.

Das allerdings sieht die Krankenhausgesellschaft anders. Bereits die von der früheren Regierung bereitgestellten investiven Mittel seien

völlig unzureichend gewesen. Im Durchschnitt der letzten Jahre hat NRW nach Angaben der KGNW nur 26 Euro pro Kopf der Bevölkerung für die Krankenhausförderung ausgegeben, während in den übrigen Bundesländern im Schnitt mit 46 Euro fast doppelt so viel zur Verfügung stand. Das habe zu einem Investitionsstau von 13,1 Milliarden Euro geführt.

Ein Bewilligungsstopp der neuen Landesregierung würde dringend notwendige Modernisierungen um rund zwei Jahre verzögern und die Krankenhäuser in NRW damit im Vergleich zu anderen Kliniken nochmals „in nicht hinnehmbarer Weise benachteiligen“, so die KGNW. Die Klinikträger weisen auch auf ihren Rechtsanspruch auf die Bereitstellung von Investitionsmitteln nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz hin. „Einzelne Krankenhäuser überlegen bereits, ob sie im Falle eines Bewilligungsstopps den Klageweg beschreiten“, sagte KGNW-Präsident Dr. Johannes Kramer.

Die Pläne des Gesundheitsministeriums sind nach seiner Einschätzung gerade in der hoch sensiblen Phase der Umstellung auf das DRG-Fallpauschalensystem für viele Krankenhäuser mit unkalkulierbaren Risiken verbunden. Die dramatische Finanzsituation und das Insolvenzrisiko würden sich weiter verschärfen.

Die KGNW erklärte ihre Dialog- und Kooperationsbereitschaft gegenüber der neuen Landesregierung. Sie sei bereit, an der Straffung und Beschleunigung der Investitionsförderung mitzuwirken. So müsse zum Beispiel der Verwaltungsaufwand bei der Prüfung der Anträge und der Verwendungsnachweise erheblich reduziert werden.

Horst Schumacher



Dr. Johannes Kramer, Präsident der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen: Bewilligungsstopp für Klinikinvestitionen wäre mit unkalkulierbaren Risiken verbunden.

Foto: KGNW